

Hallo, Ihr alle in unseren ÖNiD-Gruppen!

Inzwischen hat vom 23. bis zum 25. X. das Jahrestreffen des ÖNiD in Germete (Westfalen) stattgefunden. Dazu nur kurz das, was die Bürgerversicherung betrifft, denn Ihr werdet vom Koordinierungskreis ein ausführliches Protokoll bekommen.

- erstmals gab es in der großen Runde einer Jahrestagung eine lebhaft Diskussion zu unserer Bürgerversicherung (SBV), die ja schon seit August als gemeinsames Projekt auf der ÖNiD-Homepage (www.oenid.net) unter der Rubrik "Fachgruppen und Projekte" zu finden ist. Vorher wurde sie seit April, wie ihr wisst, in mehreren Rundmails im ÖNiD bekannt gemacht und diskutiert.

- Inhaltlich gab es in Germete keinerlei Differenzen.

- Gegenstand der jetzigen Diskussion war die Frage, ob in der geplanten ÖNiD-Broschüre die SBV als ein Projekt wie bisher, oder besser als eine Fachgruppe erscheinen soll. Dazu muss man bedenken, dass z. B. die "Akademie auf Zeit, Solidarische Ökonomie" als Fachgruppe geführt wird. Ebenso gibt es die "Fachgruppe Weltfriedenskonvokation 2011". Im Vergleich damit passt für die SBV besser "Projekt".

- Abstimmungsergebnis: Alle stimmten der Bezeichnung "Projekt" zu, es gab nur eine Stimmenthaltung. Abschließend formulierte Martin Gück vom Koordinierungskreis: "Damit ist die Solidarische Bürgerversicherung das erste Projekt des ÖNiD"!

Unser Konzept hat in erster Linie Bedeutung für das deutsche Sozialsystem; obwohl wir damit eine gemeinwohlorientierte Reform erreichen wollen, deren Ausstrahlungskraft nicht nur hierzulande wahrzunehmen ist.

Gegenwärtig halten wir es für unsere Aufgabe, unermüdlich aufzuklären, was die schwarzgelbe Koalition für unser Sozialsystem bedeutet. Noch ist das am ehesten zu erkennen durch den neuen FDP-Gesundheitsminister Philip Rösler. Er kündigte eine "Radikalreform" an, allerdings in den beliebten Vernebelungen, die man erst aufhellen muss. Wir werden es versuchen anhand seiner bisherigen Aussagen:

1. Mehr Freiheit!

2. Mehr Auswahl in der Wahl der Therapie, des Arztes und der Krankenkasse!

3. Mehr Wettbewerb unter den Kassen hinsichtlich Beitrag und Kassenauswahl!

4. Kassen müssen verschiedene Leistungen anbieten können!

Hierzu erübrigt sich im Grunde ein Kommentar. Es handelt sich um Zweiklassenmedizin und die Zerstörung des Solidarsystems, wie es in den vorangegangenen Legislaturperioden bereits vorangetrieben wurde.

5. Im Jahre 2010 soll eine Regierungskommission die neue Politik für das Gesundheitswesen ausarbeiten.

6. Das Schlimmste, was er sagen konnte und womit er sein völliges Unverständnis einer solidarischen Krankenversicherung zeigt: „Beitrag und Leistung müssen in einem adäquaten Verhältnis stehen.“ Und daraus erklärt sich dann die "einkommensunabhängige Beitragserhebung", die für den Laien vernebeln soll, was gemeint ist, nämlich die alte Lieblingsidee von Frau Merkel - die **Kopfpauschale**. Jeder zahlt den gleich hohen Geldbetrag in die Gesetzliche Kranken- und Pflegekasse (GKV) ein. Man kann sich ausrechnen, was es bedeutet, wenn von einem niedrigen Entgelt z. B. 200 Euro pro Monat gezahlt werden müssen, genauso wie von den Besserverdienenden. Entlastet werden, (wie bei der geplanten Steuerreform) nur die Wohlhabenden und Reichen.

- Deshalb soll ein sogenannter "sozialer Ausgleich" aus Steuern beruhigen. Wir werden aber unter äußerst knappen Steuereinnahmen leiden, woher also nehmen? Abgesehen davon würde ein bürokratisches Monster notwendig werden, viel schlimmer als bei Hartz IV, weil viel mehr Menschen einen "sozialen Ausgleich" gegenüber dem jetzigen Zustand beantragen müssten. Am Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Augsburg wurden 2003 mehrere Kopfpauschalenvarianten durchgerechnet. Zitat: „Nach dem Modell der Union wären 17 Mio GKV-Mitglieder zu Subventionsempfängern geworden, beim Unionskompromiss 20 Mio und bei Rürup/Wille 24 Mio.“ (1) Alle diese Menschen müssten je nach verwirklichtem Modell Unterstützungsanträge stellen; und zwar, vergleichbar mit Hartz IV, als Bedarfsgemeinschaft!

- Zur Kopfpauschale, die das Gegenteil einer solidarischen Sozialversicherung ist, lohnt sich tatsächlich der Rückblick in die Jahre 2003 bis 2005. Frau Merkel baute auf das Kopfpauschalenkonzept der Herzog-Kommission. Sie hätte damit fast die Bundestagswahl von 2005 verloren. Insofern schon ist es schwer zu erklären, weshalb sie sich jetzt wieder darauf einlässt. Sie hat im Wahlkampf auch nicht damit geworben. Das war nur die FDP, die unter den Bezeichnungen "Bürgerprämie" oder "einkommensunabhängige Beitragszahlung" die große Kopfpauschale wieder aus der Mottenkiste holte. Beide Bezeichnungen der FDP gehören beispielhaft in das Falschwörterbuch.

Auch die FDP sollte sich an die dramatischen Auseinandersetzungen des Jahres 2004 erinnern. Kurz zusammengefasst: Der "soziale Ausgleich" und die "Beitragsfreiheit für Kinder", (die seit Jahrzeh-

ten in der GKV selbstverständlich systemimmanent ist, in die Private Krankenversicherung durch die Kopfpauschale aber erst eingeführt werden sollte,) hätten 30 bis 40 Mrd. Euro gekostet.

Als das bekannt wurde, trat der CDU-Finanzexperte und stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz zurück, weil auch damals schon die Haushaltslage prekär war, und er sein neues Steuerentlastungssystem nicht hätte verwirklichen können.

Horst Seehofer als Befürworter der Bürgerversicherung und Gesundheitsexperte der CSU trat ebenfalls zurück. Er wurde von seiner Partei geopfert um der Einheit der Merkel-Stoiber-Linie willen. Zur gleichen Zeit im November 2004 trat Seehofer auch vom stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitz im Bundestag zurück. Er wies nach, dass der Merkel-Stoiber-Kompromiss um 20 Mrd. Euro unterfinanziert sei. Er musste sich verpflichten, nicht mehr öffentlich zur Gesundheitspolitik zu reden.

Seehofers erfolgreicher Kampf um den CSU-Parteivorsitz und den Posten des Ministerpräsidenten von Bayern ist durch diese Vorgeschichte besser zu verstehen. Aber was hat ihn jetzt nach der Bundestagswahl dazu veranlasst, in den Koalitionsverhandlungen mit Merkel und Westerwelle der Vergabe des Gesundheitsressorts an Philip Rösler zuzustimmen? Ursula von der Leyen hatte sich schon 2003 als Sozialministerin von Niedersachsen gemeinsam mit ihrer hessischen Amtskollegin durch einen vernünftigen Vorschlag zum "Sozialausgleich" profiliert. Wäre er angenommen worden, dann hätte sich auf dem berühmten Leipziger CDU-Parteitag auch der CDA-Flügel (Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft) mit der Kopfpauschale versöhnt. Die Berliner Zeitung vom 1. 12. 2003 beschreibt die 2 Änderungsanträge sogar so: "In ihnen steckt - gut verborgen - eine Brücke hin zum Konzept der Bürgerversicherung".

Während der kürzlichen Koalitionsverhandlungen hat die Gesundheits- neben der Steuerpolitik eine herausragende Rolle gespielt. Allabendlich trat das Duo von der Leyen und Rösler vor die Kamera. Als Zuschauer erfuhr man zwar nichts Substanzielles. Aber offenbar hat sich die harte Linie durchgesetzt. Das erklärt auch Seehofers ständige Attacken gegen Röslers Aussagen **nach** dessen Ernennung zum Minister.

Mehr Inhaltliches zur Aufklärung über die **Kopfpauschale** ist aus unserem Konzept der Bürgerversicherung zu erfahren.

Sage niemand, dass wir in dieser neuen Legislaturperiode nichts mehr tun können für die Bürgerversicherung! Das oben Geschilderte beweist ja, welche Stolpersteine der schwarzgelben Sozialpolitik im Wege liegen.

Positiv für uns: Alle Parteien mit Bürgerversicherungskonzepten sind jetzt in der Opposition. Auch Sozialverbände, mehrere Gewerkschaften und der DGB sowie Soziale Bewegungen (wie Attac) vertreten in irgendeiner Form eine Bürgerversicherung. Und **vor allem: Die Bevölkerung will Bürgerversicherung in großer Mehrheit; 2004 waren es rund 80 %.**

Dreierlei könnte **jetzt** getan werden:

1. Alle Vertreter von Bürgerversicherungskonzepten sollten ein Bündnis bilden, um ihre Varianten von unabhängiger Seite durchrechnen und beurteilen zu lassen. Maßstab der Beitragserhebung muss der Bedarf sein. Das gemeinsame Ziel: Die krasse Spaltung zwischen Arm und Reich zu überwinden, Zwei-Klassen-Systeme abzuschaffen und Privatisierung zu verhindern.
2. Die direkte Demokratie ist zu stärken, insbesondere muss der Volksentscheid auf Bundesebene kommen. Haushaltsfragen sind nicht auszuklammern.
3. Gemeinsam bedarf es der konsequenten und zeitnahen Aufklärung. Bitte beteiligt Euch im ÖNiD alle daran! Die Bevölkerung hat das Recht auf Transparenz!

Mit herzlich-solidarischen Grüßen,
auch im Namen des Arbeitskreises Ökonomie und Kirche
Ihre/Eure
Barbara Hähnchen

(1) Literaturangabe wird auf Wunsch zugeschickt.